

Ersteinmal
in
Zürich (Schweiz)
Verlag
Holtbuchhandlung
Göttingen-Zürich.
Verbindungen
transit gegen Franco.
Gemeinnützige Briefe
nach der Schweiz führen
Zusatzpost.

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie

Abonnements
werden nur beim Verlag und
beim bekannten Agenten ent-
gegengenommen und zwar zum
voraus zahlbaren
Wertscheidegeld von:
Fr. 2.— für die Schweiz, Ausland
Fr. 3.— für Deutschland (Gouvern.
N. 1. 70 für Österreich (Gouvern.
Fr. 2. 50 für alle übrigen Länder des
Weltverkehrs (Austland).
Inserate
Die beizugebende Preissätze:
25 Ctr. — 20 Wfr.

N^o. 16.

Donnerstag, 13. April.

1882.

Isis an die Correspondenten und Abonnenten des „Sozialdemokrat“.

Es der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Österreich verboten ist, bezw. beschlagnahmt wird, und die dortigen Behörden die alle Mängel geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Sendungen nach dort abzulassen, so ist die äußerste Vorsicht im Postverkehr notwendig und bei jeder Briefkastenkontrolle vorzuziehen, die Briefmarken über den Namen des Absenders und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu schützen. Hauptforderung ist hierzu einzuführen, daß unsere Freunde so leisten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst abzugeben, sondern es möglichst an irgend eine unerschöpfliche Quelle außerhalb Deutschlands und Österreichs werden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber daß auch und möglichst unerschöpfliche Jahressendungen mitgeteilt werden. In juristischsten Fällen empfiehlt sich dabei größere Sicherheit Bekanntheit. So viel an uns liegt, werden wir gewiß wieder Mängel nach Kosten sparen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten dem „Sozialdemokrat“ unsern Abonnenten möglichst zugemüht zu liefern.

Bekenn Farbe!

Nichts ist für eine Partei wie die Sozialdemokratie schädlicher als diplomatische Bemäntelungs-Kunststücke. Niemals mehr als heute und in keinem Lande mehr als in Deutschland ist für die Kämpfer der Sache des arbeitenden Volkes die Parole geboten: Bekenn Farbe!

Niemals mehr als heute! Denn mit allen möglichen Lockmitteln suchen heute die Anhänger der bestehenden Ausbeuter-gesellschaft das arbeitende Volk von dem einzig richtigen Weg zur Verfolgung seiner Interessen abzulenken, mit allen möglichen Versprechungen es einzuschüchtern, mit allen möglichen Intriguen es zu entzweien. Es gibt nur ein Mittel, ihren Bemühungen erfolgreich entgegenzutreten, und das heißt: Farbe bekennen!

In keinem Lande mehr als in Deutschland! Deutschland genießt schon von langer Zeit her und mit nur zu großem Recht den Ruf, das Vaterland der Philisterei zu sein. In keiner Nation mehr als in der deutschen findet sich der Hang, allen ernsthaften Konflikten meilenweit aus dem Wege zu gehen, die Sucht anstatt die realen Verhältnisse mit offenen Augen zu betrachten, sich in irgend eine hohe Traumwelt zu versenken, nach der sich dann die Welt und noch einige Dörfer mehr zu richten haben. Thun sie das nicht, und kommt der echte Philister dann in eine unangenehme Kollision mit der wirklichen Welt, so kann er für einen Moment recht böse werden, auf seine Traumwelt verzichtet er aber nicht, sondern sucht die entstandene Lücke mit einer neuen Illusion auszustopfen, worauf er sich wieder der süßen Gewohnheit des Träumens hingibt.

Ein klassisches Beispiel liefert uns in der neueren Zeit der liberale Philister mit seiner Bismarckschen Zweifelseentheorie, seinem Hohenzollernkultus, insbesondere seinem Märchen vom „liberalen Kronprinzen“.

Bisher hat sich die Philisterei, Dank der sozialistischen Agitation, auf das Bürgerthum beschränkt, alle Versuche, die pfiffige Selbsttäuschung in die Reihen des klassenbewußten Proletariats hineinzuwickeln, mißlingen gründlich. Die Krankheit wurde stets im Keime erstickt. Wir erinnern nur daran, mit welcher Energie auf dem letzten öffentlichen Sozialistenkongreß (Gotha, 1877) die Delegirten Bebel, Eckert (Kalk), Most, Otto (Dittenfen) den Versuchen entgegenzutreten, unser Programm bei den Wahlen dem Philistertum zu Liebe abzuschwächen.

Heute nun, wo die sozialistische Agitation so außerordentlich erschwert ist, wo Dank dem Ausnahmengesetz, die Genossen in Deutschland sich nochgedrungen oft der Sprache bedienen müssen, um ihre Gedanken zu verbergen, ist die Gefahr eine viel größere. Dank dem oben geschilderten Nationalhang haben sich manche Leute schon so daran gewöhnt, ihren Gedanken nur in verflüchteter Form Ausdruck zu geben, daß es ihnen schließlich unmöglich geworden zu sein scheint, rund heraus zu sagen, was sie denken und für Recht halten. Wir haben schon Anfang dieses Jahres gelegentlich der Reichstagsdebatte über den Belagerungs-zustand auf diesen Krebsgeschaden aufmerksam gemacht, aber noch immer stoßen wir, und gerade bei sogenannten Führern unserer Partei, auf die schon damals von uns gerügte Sucht, Polizei und Philisterei zu Liebe Dinge abzuleugnen, die thatsächlich das Wesen unserer Bewegung ausmachen.

Das ist, gerade herausgesagt, ein Unfug, der hart an Verrath streift. Mit solchen Ableugnungen täuschen wir nicht die Polizei, sondern die Masse des Volkes, gewinnen wir nicht die Philister, sondern erziehen unsere eigenen Anhänger zu Philistern. Anstatt daß die Charaktere durch den Kampf gestählt werden, werden sie auf diese Art durch und durch korruptirt.

Wir verlangen ja nichts Unbilliges. Wer nicht reden will oder darf, wie es der Würde unserer Partei entspricht, soll ruhig den Mund halten; wo aber in Wort und Schrift Jemand als Mitglied unserer Partei spricht, da erwarten wir von ihm, daß er das, was er sagt, unzweideutig sagt, für Freund und Feind gleich verständlich, daß er den Charakter unserer Partei in keiner Weise verleugnet, mit einem Wort: Farbe bekenn!

Es gilt das nicht nur von Reichstagsreden und Erklärungen vor Gericht, es gilt das in ebenso hohem Grade von allen öffentlichen Erklärungen, wie auch namentlich von unseren Wahlflugblättern.

Was die öffentlichen Erklärungen anbetrifft, so lief vor wenigen Tagen eine solche Erklärung des Genossen Geiser durch die Zeitungen, welche in hohem Grade unser Befremden erregt hat.

Jemand ein schuftiges Esel hätte von New-York aus an Geiser, und zwar nach Leipzig folgenden offenbar für Stieber bestimmten Brief geschickt:

„New-York, 15. März. Freund Geiser! Ich freue mich, zu hören, daß Alles in Ordnung und der Tag zum Ausschlagen festgesetzt ist. Die Zeitungen werden wie zuvor versandt und ich hoffe, in der gleichen Weise eingeleitet. (Hier folgt ein nicht wiedergebener Satz.) Gut Glück. Ihr treuer J. S.“

Wir sagten, irgend ein Esel, denn der Brief ist zu ungeschickt, als daß heute irgend Jemand auf solchen Schwindel hinein-fallen sollte.

Geiser hat diesen Brief sofort der Polizei zur Rechercheirung nach dem Ursprung desselben übersandt, selbstverständlich nur aus dem Grunde, um der Hochblöthlichen ein Bein zu stellen. Das ist seine Sache und geht uns nichts an. Was uns aber in hohem Grade angeht, ist das Begleit-schreiben Geiser's.

In demselben heißt es: „Der Absender dieses von New-York aus dem für den Zweck der Sendung charakteristischen Umwege über das im kleinen Belagerungs-zustand sich befindliche Leipzig an ihn abgeschickten Briefes kann nur eines von jenen verächtlichen Subjekten sein, welche als zum Theil freiwillige Agents provocateurs sich bemühen, für die lächerliche Unwahrheit, in Deutschland bereite sich eine Revolution vor und die deutsche Sozialdemokratie suche eine solche Katastrophe herbeizuführen, das nötige, auf andere Weise nicht zu beschaffende Beweismaterial zu fabriciren.“

Wir gestehen offen, daß wir eine solche Sprache von einem so langjährigen Genossen nicht erwartet hätten. Ein Mann wie Geiser, der doch die deutsche Sprache beherrscht, darf derartige, in so hohem Grade der Mißdeutung fähige Behauptungen nun und nimmer in die Welt hinaus-schicken. Denn wir können nicht annehmen, daß Geiser den Satz von der „lächerlichen Unwahrheit, in Deutschland bereite sich eine Revolution vor“, ruhig überlegt, aufrechterhält. Wir sind nämlich sehr stark der Ansicht, daß sich in Deutschland eine Revolution vorbereitet, und der „Sozialdemokrat“ hat für diese Ansicht in fast jeder Nummer Beweise geliefert. Unser ganzes Parteiprogramm beruht auf dieser Ansicht, in zahlreichen Brochüren und Reden unserer hervorstechendsten Genossen ist sie offen ausgesprochen. Fast jede grundsätzliche Forderung unserer Partei setzt zu ihrer Verwirklichung eine revolutionäre Umwälzung der heutigen Zustände voraus, und wenn wir dieselben nicht zum bloßen Jierath aufgestellt haben, so müssen wir doch wohl von der Ansicht ausgehen, daß sich in Deutschland diese Revolution thatsächlich vorbereite.

Vielleicht hat Geiser die „lächerliche Unwahrheit“ mehr oder nur auf die Worte „die deutsche Sozialdemokratie suche eine solche Katastrophe herbeizuführen“ beziehen wollen. Aber auch in diesem Falle können wir den Satz nicht billigen. Wir sehen den Zweck solcher Behauptungen der guten Gefinnung absolut nicht ein, halten sie vielmehr für sehr unweckmäßig. Wir, die verfolgte und gehegte Partei, und obendrein noch die Partei der Unterdrückten und Ausgebeuteten, wir haben doch wahrlich keinen Grund, die revolutionäre Katastrophe nicht herbeizuführen, wenn letzteres überhaupt von uns abhinge. Soweit dies aber in unserer Macht liegt, soweit wir die revolutionäre Umwälzung in politischer und sozialer Beziehung beschleunigen können, soweit ist dies nach unserer Ansicht die Pflicht und Aufgabe unserer Partei. Und wir sehen absolut keinen Grund ein, dies abzuleugnen.

Thatsächlich steht auch weder von dem Einen, noch von dem Anderen etwas in dem oben zitierten New-Yorker Brief, derselbe setzt vielmehr die allerdings lächerliche Unwahrheit voraus, unsere Partei wolle die Revolution machen, bezw. bilde sich ein, sie auf den Tag bestimmen zu können. Das galt es nach unserer Ansicht zurückzuweisen, nicht sowohl um der Polizei, als um der eigenen Genossen willen. Eine solche Erklärung hätte Klarheit über unsere Partei verbreitet, während die von Geiser erlassene nur geeignet ist, in unsern eigenen Reihen Verwirrung anzurichten. Und warum? Weil der Grundsatz nicht festgehalten ist: Farbe bekennen!

Wir sprachen ferner von Wahlflugblättern. In unserer heutigen Korrespondenz aus Verden finden die Genossen einen Beweis, wie schädlich auch in dieser Beziehung jede Verschwommenheit wirkt. Mit einem populären Kandidaten, bei überaus günstiger Stimmung in der Bevölkerung haben unsere Genossen in Verden einen erheblichen Rückgang zu verzeichnen, trotz — nein, weil sie ihr Flugblatt so zahm hielten. Und mit Recht, denn wenn der Wähler es heute riskirt, für einen Sozialisten zu stimmen, so will er auch wissen, warum!

Und er soll und muß es auch wissen. Sonst haben die Wahlen für uns überhaupt keinen Werth. Glücklicherweise können wir konstatiren, daß dieser Standpunkt von der überwiegenden Masse unserer Genossen, und ganz besonders von den Männern, nach welchen man unsere Bewegung gern benennt, von Bebel und Liebknecht, entschieden getheilt wird. Freilich sind diese Männer gerade wegen der kühnen Sprache ihrer Wahlflugblätter unter Anklage gestellt worden und werden auch dafür ins Gefängniß wandern müssen, aber sie haben die Ehre unserer Partei gewahrt, sie sind, wie es Parteiführern ziemt, den Massen mit gutem Beispiel vorangegangen!

Vor uns liegt das Flugblatt, wegen dessen Liebknecht vorige Woche zu zwei Monaten Gefängniß verurtheilt worden ist. Wir glauben unsern Artikel nicht besser abschließen zu können, als indem wir einige Stellen aus diesem Flugblatt zur Kenntniß der Genossen bringen. Dasselbe beginnt folgendermaßen:

„An die Wähler von Neustadt, Dresden u. Umgegend! Von meinem Parteigenossen in Euerm Kreis bin ich als Kandidat für die bevorstehende Reichstagswahl aufgestellt worden, und ich habe mich für verpflichtet gehalten, die Wahl anzunehmen.“

Durch das Sozialistengesetz verhindert, in offener Volksversammlung mein Programm zu entwickeln, spreche ich durch dieses Flugblatt zu Euch. Viel brauche ich nicht zu sagen, da meine Grundzüge, meine Bestrebungen bekannt sind. Ich bin Sozialdemokrat und werde nach bestem Wissen und Gewissen, falls Ihr mich wählt, im Reichstag für Eure Interessen und die Interessen des Gesamtvolkes eintreten!

Als Sozialdemokrat verurtheile ich die heutige Ordnung der Dinge in Staat und Gesellschaft und suche eine durchgreifende soziale und politische Umgestaltung herbeizuführen; mit Reformen, die sich auf Neben-sächlichkeiten beschränken, ist nichts gethan; die Wurzel der Uebel, an denen wir krank sind, muß ausgerottet werden. Die Anhänger der heutigen Ordnung, die uns als geschlossene Mächte gegenüberstehen, wollen diese Uebel erhalten, — das ist der Unterschied zwischen uns und unsern Gegnern aller Parteifarben.

Sie haben zwar auch verschiedene Wunderheil-mittel, die sie Euch anpreisen, die aber sämmtlich bei näherer Prüfung sich werthlos erweisen. Dem „kleinen Mann“, dem „armen Mann“ kann nur durch den „kleinen Mann“, durch den „armen Mann“ geholfen werden, das heißt, durch das Volk. Die Fürsten, Grafen, Rittergutsbesitzer, Fabrikanten, kurz, die Privilegirten und ihr Anhang, welche den „armen Mann“ jetzt umschmeicheln, beweisen schon durch ihre gesellschaftliche Stellung, daß ihre Sache nicht die Sache des „armen“ und „kleinen Mannes“ ist. Das erblickt auch aus ihren Heilvorschlügen, welche die vollständige Unfähigkeit derselben bekunden, die Lage des „armen Mannes“ zu bessern, sein Elend und die Ursachen seines Elends zu begreifen.

Nur eine vernünftige Regelung der Production und der gesammten Arbeitsverhältnisse auf genossenschaftlicher Grundlage, nur die systematische Pflege und Förderung der Industrie und des Ackerbaues durch den Staat, kann den Arbeiter erlösen, den Handwerker retten, der Massenverarmung steuern.

Es folgt nun eine glänzende Kritik des Bismarckschen Regierungssystems nach innen und außen, in politischer wie wirtschaftlicher Beziehung, dann heißt es:

Vor dem „Staatssozialismus“ des Fürsten Bismarck brauche ich Euch nicht zu warnen. Die deutschen Arbeiter, deren Stimmen man saugen will, wissen, was sie von dem Räuber zu halten haben. Die eine Thatsache, daß Fürst Bismarck der Urheber des Sozialistengesetzes ist, genügt, den Staatssozialismus des Fürsten Bismarck zu beurtheilen, und legt die inneren Beweggründe bloß: der Arbeiter soll unter das Doppel-joch ökonomischer und politischer Sklaverei gezwungen werden. Kein deutscher Arbeiter wird sich durch ein solches Dauer-gesetz bestechen lassen; und wenn wirkliche Vortheile geboten werden, so wird er sie zwar selbstverständlich nicht von sich weisen, allein auch die Motive und Zwecke nicht aus den Augen verlieren.

Als Wahlprogramm figuriren dann die bekannten Punkte unseres Programms und zwar in verschärfter Form. So z. B.:

„Vereitigung des Militarismus und Einführung der allgemeinen Volkswaffenung! Kein besonderer Behrstand, dessen Existenz sich mit Friede und Freiheit nicht verträgt: Jeder Bürger Soldat, jeder Soldat Bürger!“

Das ist mein Programm. Meine Vergangenheit bürgt dafür, daß ich mit allem Ernst und aller Kraft für dieses Programm eintreten werde.

Wer es billigt, wer die Nothwendigkeit eines Bruchs mit dem herrschenden System begriffen hat, der gebe mir am 27. Oktober dieses Jahres seine Stimme!

So Liebknecht.
Sind nun die 6231 Stimmen, die er auf dieses Programm erhalten hat, nicht in jeder Beziehung mehr werth, als irgend eine noch so hohe Zahl vermittelst allerhand Verwässerungen erreicht? Darum noch einmal, Genossen: Wo immer Ihr Eure Stimme im Namen unserer Partei erhebt: Bekenn Farbe! Die Existenz unserer Partei hängt davon ab!

Leo.

Deportation.

Die französische Regierung hat dieser Tage den Kammern einen Gesetzes-Entwurf auf Einführung der Deportation von Verbrechern vorgelegt. Dieser Entwurf ist seinen Grundzügen nach schon von der vorigen Regierung ausgearbeitet, allein so wenig Herr Frevoletti sonst von Herrn Gambetta wissen will, und so konsequent er sämmtliche anderen Projekte und Pläne desselben zurückgewiesen hat, dieser Entwurf hat ihm so gefallen, daß er seine Antipathie überwinden und das Kind des verhassten Vorgängers mit Freuden an Kindesstatt angenommen hat. Und auch bei fast allen Parteien der Kammern hat der Entwurf die sympathischste Aufnahme gefunden.

Das ist kein Zufall. Doch lassen wir zunächst den Urhebern und Freunden des Gesetzes-Entwurfes das Wort.

„Es ist, so sagt man uns, dringend notwendig, endlich einmal der freien und bedrohlichen Zunahme der Verbrechen und der Verbrecher zu begegnen. Während in Frankreich seit etwa zehn Jahren Verbrechen und Vergehen überhaupt die Tendenz zur Abnahme zeigen, hat die Zahl der Rückfälligen in erschreckendem Maße zugenommen. In Paris gibt es gegenwärtig 20—25,000 professionmäßige Uebelthäter und die Hälfte aller Verbrechen jährlich werden von Rückfälligen begangen. Im Jahre 1879 wurden von 100 schweren Diebstählen 72 durch Rückfällige be-

ganga; der Nord weiß 42, Falschmünzerei 50, Brandstiftung 48, Todtschlag 47, Verwandtenmord 100, Rothhuth 30 Prozent Rückfällige auf. Mit Rücksicht auf diese Zahlen kann man wohl sagen, daß die Kriminalität sofort um 80-90 Prozent fallen würde, wenn sie sich von den Rückfälligen befreien könnte. Die Raschheit, mit welcher das Verbrechen das Verbrechen erzeugt, ist nicht minder erschreckend. Von 18,000 Inhaftirten, welche in den Jahren 1878 und 1879 aus verschiedenen Zentralgefängnissen entlassen wurden, sind im Laufe desselben Jahre 63 Prozent wieder ergriffen worden. Noch mehr schädlich als durch ihre eigenen Verbrechen sind die Rückfälligen dadurch, daß sie eine förmliche Schule des Verbrechens, insbesondere für die Jugend, bilden. Die Hälfte der Verhaftungen in Paris wird an Minderjährigen vollzogen; seit drei Jahren hat sich das Verhältniß beinahe verdoppelt. Die Mädchen, welche sich vor ihrer Großjährigkeit freiwillig als öffentliche Dirnen einschreiben lassen, bilden die Hälfte aller der Kontrolle Unterworfenen. Die Gefahr ist nicht bloß eine soziale, sondern auch eine politische. Unter den Kommunegefangenen befanden sich 20 Proz. abgeleitete Verbrecher und 25 Proz. öffentliche Dirnen; unter 30,000 gefangenen Insurgenten zählte der General Appert 7400 abgeleitete Verbrecher und nach den Berichten der Generale Trochu und d'Amale enthielt die Kommune-Armee 20,000 Rückfällige. Von 1826-1879 ist die Zahl der Rückfälligen vor den Riffen von 16 auf 50 und vor den Zuchtpolizeigerichten von 8 auf 40 Prozent gestiegen. Des entlassenen Sträflings nimmt sich Niemand an, so daß er in vielen Fällen, auch wenn er will, auf den Weg der Ehrbarkeit nicht mehr zurückkehren kann. Durch den ehemaligen Justizminister Cayot ist konstatiert, daß „die Rückfälle hauptsächlich in den ersten Monaten nach der Entlassung aus dem Gefängnis stattfinden, woraus zu folgern ist, daß die Schwierigkeit für die Entlassenen, in die Gesellschaft wieder einzutreten, eine Hauptursache für die Zunahme der Rückfälle bildet.“

„Diesen Uebelständen muß abgeholfen werden, und das geschieht am besten und sichersten, indem man für die entlassenen Sträflinge Arbeitsnachweise errichtet, und die Gewohnheitsverbrecher von der Stätte ihrer Verbrechen entfernt und nach irgend einer abgelegenen Kolonie deportirt.“

Je weiter je besser!
Ehe wir zur Kritik schreiten, müssen wir die von den Deportationsfreunden wieder angeführte Alegenarie am Schenkenhof anageln, daß die Kommune-Armee 25,000 rückfällige Verbrecher enthalte habe, und daß unter den gefangenen Kommunearden 7400 bestrafte Verbrecher gewesen seien. Diese Alegenarie ist seinerzeit von den Verfasser Norddeutschen zur Diskreditirung der Kommune erfinden worden. Wahr ist umgekehrt, daß zu keiner Zeit die Verbrecher weniger häufig waren, als während der Kommune, und daß das Verbrechergesindel von Paris damals in Massen anwanderte, wohin es gehörte, nach Versailles zu den Ordnungsbanditen.

Kun zur Sache!
Daß die Zahl der rückfälligen Verbrecher beständig zunimmt, nicht bloß in Frankreich, sondern auch in allen übrigen Kulturländern, das ist durch die Statistik über jeglichen Zweifel erhoben. Die moderne bürgerliche Gesellschaft steht eben den Verbrechern gegenüber rathlos da. Alle Versuche, sich derselben zu entziehen, sei vom Verbrechen abzuschrecken oder sie zu bessern, sind kläglich gescheitert. Einzelhaft, Mottenhaft, Zellengefängniß, Penitentiärsystem, Frisches System, und wie die „Systeme“ alle heißen mögen — Nichts hat geholfen, die Verbrechen sind nicht aus der Welt zu schaffen und die Verbrecher lassen sich weder bessern noch ausrotten. Der Mißerfolg ist komplett.

Und wie sollte es anders sein?
Wenn Jemand sein Haus trocken haben will, und es inwendig zwar sorgfältig vor Feuchtigkeits behütet, aber für keine Drainirung um die Fundamente herum sorgt, so wird man diesen Mann für sehr albern erklären, denn er vergißt, daß wer die Wirkungen beseitigen will, die Ursachen aus dem Weg räumen muß, und statt auf die Hauptursache ein Augenmerk zu richten, beschränkt er sich auf Nebenursachen.

Ganz ebenso ergeht es der bürgerlichen Gesellschaft mit dem Verbrechen und den Verbrechern. Ja sie treibt es noch schlimmer. Denn nicht genug damit, die Ursachen der Verbrechen beseitigen zu lassen, fördert sie noch die Ursachen der Verbrechen. Die moderne bürgerliche Gesellschaft ist in der That im eigentlichen Sinne des Wortes eine Gesellschaft zur Förderung des Verbrechens.

Jeder Verbrecher — im Affekt begangene Handlungen machen nicht zum Verbrecher, gerade so wenig wie Handlungen, die aus krankhaften, außergewöhnlichen Körper- und Geisteszuständen resultiren — jeder Mensch, dem der Name Verbrecher mit Zug zukommt, ist direkt oder indirekt das Produkt unserer ungelunden sozialen Verhältnisse, ist der Bögling der bürgerlichen Gesellschaft.

Von Schriftstellern unserer Partei ist dies hundertmal nachgewiesen worden, und die Wissenschaft erkennt, soweit sie „frei“ ist, die Wichtigkeit dieses Satzes an.

Die bürgerliche Gesellschaft verschließt aber Augen und Ohren: sie hört und sieht nicht, weil sie nicht hören und sehen will. Und sie will nicht hören und sehen, weil sie ihre eigene Schande hören und sehen würde.

Sie freunt mit vollen Händen die Saat des Verbrechens aus, und wundert sich, daß die Saat aufgeht. Oder vielmehr, sie wundert sich nicht, denn sie denkt gar nicht nach. Sie akzeptirt gedankenlos das Ver-

brechen als ewige Naturnothwendigkeit, wie sie gedankenlos sich selbst als ewige Naturnothwendigkeit akzeptirt.

Bei jeder Gelegenheit, tausendmal jeden Tag mit der Nase darauf gestoßen, daß Armut, schlechte Erziehung, unnatürliche Gesetze, wider-natürliche Einrichtungen, Zustände die Verbrecher und Verbrecher erzeugen, denkt die bürgerliche Gesellschaft keinen Moment daran, die Quelle der Armut zu verstopfen, all ihren Mitgliedern den Segen einer guten Erziehung zu Theil werden zu lassen, die unnatürlichen und wider-natürlichen Gesetze, Einrichtungen und Zustände zu beseitigen. Sie denkt nicht daran — aus guten Gründen. Der Selbsterhaltungstrieb verbietet es ihr. Die Beseitigung der Ursachen, aus denen die Verbrechen entspringen, wäre die Beseitigung der bürgerlichen Gesellschaft selbst.

Und so ist die bürgerliche Gesellschaft absolut unfähig, mit dem Verbrechen und den Verbrechern fertig zu werden.
Der Stolz, das Bell, die Quisoline, der Galgen, verbunden mit Gefängnissen und Zuchthäusern aller „Systeme“ — nichts hilft gegen das Uebel. Von tausend Strömen gespeist, die ihm den Schlamm und die Fäulniß der Gesellschaft zuführen, spottet der Ocean des Verbrechens den kindlichen Versuche, ihn mit philanthropischen und unphilantropischen Effekten auszuschöpfen zu wollen.

Daß es nichts hilft, sängt die bürgerliche Gesellschaft zu merken an. Sie kann die Verbrechen und die Verbrecher nicht aus der Welt schaffen, — so will sie sich wenigstens die Verbrecher aus dem Gesicht schaffen. Aus den Augen aus dem Sinn. Wie eine liebesüchtige Hausfrau den Schmutz nicht beseitigt, sondern irgendwohin in einen Winkel kehrt, will die bürgerliche Gesellschaft die Verbrecher in irgend einen entfernten, abgelegenen Winkel legen. Je weiter desto besser.

Das nennt man Deportation. Deportation ist nichts anderes als das Gefändniß der bürgerlichen Gesellschaft, daß sie mit den Verbrechern nichts mehr anzufangen weiß, daß sie am Ende ihres Lateins ist. Für die nöthige Zufuhr und den ununterbrochenen Nachschub von Verbrechern wird sie schon sorgen!

Doch nicht alle Verbrecher sollen deportirt werden. Für die nicht „gewöhnheitsmäßigen“ sollen Arbeits-Nachweisebureauz eingeführt werden. Wie human! Und wie kunstvoll der Gaal am Schwanz angehängt! Arbeitsnachweise nach verübtem und verdächtigem Verbrechen! Nachher! Warum nicht vorher? Hätten die Leute vorher Arbeit gehabt, wären sie keine Verbrecher geworden. So weit darf aber die bürgerliche Gesellschaft nicht denken, denn ist einmal das Prinzip anerkannt, daß durch geordnete Arbeitsverhältnisse dem Verbrechen erfolgreich vorgebeugt wird, und daß die Gesellschaft verpflichtet ist, ihren Mitgliedern das Arbeiten zu ermöglichen, dann ist es mit der ganzen bürgerlichen Gesellschaft vorbei.

Daß unsere deutsche Bourgeoisie für das französische Regierungsprojekt schwärmt, und die Deportation auch für Deutschland als staats- und gesellschaftsfortwährendes Heilmittel fordert, bedarf keiner besonderen Erwähnung.

Veider aber gehören zur Deportation Kolonien. Und woher Kolonien nehmen und nicht fehlen? Das Koloniesystem ist aber nicht so leicht wie das vulgäre bürgerliche System. Die Kolonien nimmt man nicht einfach wo man sie findet, wie gewisse Leute das Geld nehmen.

Ob aber die Kolonien schließlich gefunden werden oder nicht, das kann uns gleich sein. Die edle Absicht steht fest, und das genügt uns. Denn mit der Deportation hat die bürgerliche Gesellschaft nicht bloß ihr leichtes Wort in Sachen der durch sie erzeugten Verbrechen und Verbrecher, sie hat damit auch ihren verbrecherischen Trägern und Stützen das Urtheil gesprochen. Ein „Rückfälliger“.

Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 12. April 1882.

— Reptilienlogik. Ein offenbar dem Berliner Fechtbureau entsprungener Leitartikel, der jetzt durch die gesamte reaktionäre Presse die Runde macht, führt aus, daß die beiden einzigen Mörder Europas, welche im gegenwärtigen Augenblick aufrichtig den Frieden wollen und ihn auch verbürgen, zwei Länder mit konservativen Regierungen sind: Deutschland und Oesterreich; daß aber sämtliche Länder mit demokratischen Einrichtungen und Bestrebungen, wie Frankreich, England, Rußland, entweder im Innern keinen Frieden hätten oder nach Außen den Frieden bedrohten.

Man weiß, wenn man derartigen Blödsinn liest, wirklich nicht, ob so Etwas überhaupt eruschbar gemeint sein kann. Wenn der Konservatismus oder richtiger reaktionäre Absolutismus à la Bismarck eine Bürgerliche des Friedens ist, dann müßte doch vor Allem Rußland an der Spitze der friedensverbürgenden Mächte stehen, denn in puncto des reaktionären Absolutismus ist Rußland doch unzweifelhaft dem Bismarck'schen Deutschland weit über.

„Aber Rußland hat den Nihilismus.“
Ganz recht. Allein warum hat es ihn? Eben weil es in puncto des reaktionären Absolutismus dem Bismarck'schen Deutschland weit über ist, und weil dort das Polizeiregiment eine Ausbildung erlangt hat, die Bismarck für Deutschland vergebens erstrebt — vergebens in Folge der höheren Kultur Deutschlands.

Großlandwirthschaftsbetriebes zu Grunde gehen. Gleichzeitig damit beginnt in den industriellen Betrieben die Entwidlung eines Massenproletariats und einer beispiellosen Konzentration des Kapitals.

Und Rußland! Zur Zeit der Revolution von 1848/49 erblickten nicht nur die europäischen Fürsten, sondern auch die europäischen Bourgeoisie in der russischen Einnischung den einzigen Rettungsanker gegenüber dem eben erwachten Proletariat. Der Zar wurde zum Chef der europäischen Reaktion proklamirt. Jetzt sieht er als Gefangener der Revolution in Ostasien, und Rußland erscheint als die Avantgarde der revolutionären Bewegung Europas.

Das Manifest der Partei bezweckt die unabweichlich bevorstehende Liquidation des modernen bürgerlichen Eigentums zu proklamiren. Aber wir finden in Rußland zu gleicher Zeit mit dem schnell anwachsenden kapitalistischen Schwindel und dem eben beginnenden individuellen bürgerlichen Grundbesitz, die größere Hälfte des ganzen Grund und Bodens im Gemeinbesitz der Bauern.

Es fragt sich nun: Kann der russische Gemeinbesitz, der eine, wenn auch stark erschütterte Form von Urgrundbesitz darstellt, unmittelbar in die höhere Form des kommunistischen Grundbesitzes übergehen? Oder muß er jenen Bergungsprozess, in welchem gerade die historische Entwicklung von Westeuropa besteht, durchmachen?

Die einzige jezt mögliche Antwort darauf ist folgende:
Wenn die russische Revolution zum Signal einer Revolution des Proletariats im Westen wird und diese Revolutionen sich gegenseitig ergänzen, so kann der in Rußland gegenwärtig vorhandene Gemeingrundbesitz zum Ausgangspunkt der kommunistischen Entwicklung werden.
London, den 21. Januar 1882.

Kerker und Verbannung.

„Zeit einigen Jahren sehen wir Tausende, die dem Dienste der Freiheit zum Opfer gefallen sind, in Tod und Verbannung gehen. Es sind das Leute jeden Alters und jeder gesellschaftlichen Stellung: Könige und arbeitende Arbeiter, 14jährige Kinder und Greise, junge Mädchen und Familienmütter, Militärs und Handwerker. Sie Alle gehören zu den belibdesten und thätigsten Elementen im Volk. Aber von dem Augen-

Daß der Nihilismus die russische Regierung abenteuerlich gemacht, sie in die Stimmung versetzt hat, ein Ende mit Schrecken (das ein Krieg mit Deutschland ihr jedenfalls brächte) einem Schrecken ohne Ende vorzuziehen, ist gewiß richtig; aber der Nihilismus ist doch gerade die nothwendige Folge des reaktionären Absolutismus der russischen Regierung, und dieser hat folglich die Schuld daran, daß Rußland den Weltfrieden bedroht — soweit ein finanziell und politisch bankrotter, militärisch jammervoll gestellter Staat wie Rußland überhaupt den Weltfrieden bedrohen kann.

Also gerade einer der drei Staaten, welche das Berliner Reptil als Beweis für die Friedensgefährlichkeit demokratischer Einrichtungen oder Bestrebungen anführt, beweist umgekehrt auf's Schlagendste die Friedensgefährlichkeit des reaktionären Absolutismus.

In Wirklichkeit ist es lediglich die Demokratie, und zwar die heute einzig konsequente Demokratie, die Sozialdemokratie, welche den Frieden verbürgt. Und zwar solange sie noch nicht zur Herrschaft gelangt ist, durch Vahmlegung des seiner Natur nach kriegerischen Absolutismus; und nach dem sie zur Herrschaft gelangt ist, durch Herstellung solcher Staats- und Gesellschaftsrichtungen, welche den Frieden nach Innen und nach Außen, den nationalen und den internationalen Frieden ermöglichen und sichern.

In Frankreich haben wir das recht deutlich gesehen. Im selben Maße, wie der „demokratische Gedanke“ dort vorgeschritten ist, hat der chauvinistische Revanchegedanke zurückweichen müssen. Jeden Zoll breit, den jener gewonnen, hat dieser verloren.

Wenn nun in dem erwähnten Reptilartikel noch ferner behauptet wird, die deutsche Reichsregierung, soll heißen Bismarck, habe durch das Sozialistengesetz auf der einen und die Sozialreform auf der anderen Seite die Frage der Revolutionsbändigung vollkommen und mustergerig gelöst, so ist das ein so schlechter Scherz, daß man fast meinen könnte, Bismarck, der ja weiland den „Kladderadatsch“ mit derlei geistiger Waare versorgte, sei der eigenhändige Autor. Das Sozialistengesetz ist durch die letzte Wahl ad absurdum reduziert und höchstens alte Weiber männlichen und weiblichen Geschlechts glauben noch daran — sogar unsere Polizei, die wahrhaftig nicht durch phänomenalen Geiß sich auszeichnet, sängt an, die Wunderkraft des Sozialistengesetzes zu bezweifeln.

Und was die Bismarck'sche Sozialreform anlangt — wer lacht da? Wenig — eine Bismarck'sche Sozialreform gibt es nicht und wird es nie geben. Es gibt nur einen Bismarck'schen Schwindelmittel Sozialreform, und dieser hat, gleich dem Sozialistengesetz, der deutschen Sozialdemokratie nur genügt.

Mit der Bismarck'schen Friedensliebe verhält es sich beiläufig genau so wie mit der Bismarck'schen Sozialreform. Der Dien muß! Herr Bismarck liebt den Frieden, weil die Demokratie in Frankreich und in Deutschland und der Nihilismus in Rußland den Frieden zur Nothwendigkeit machen — voilà tout!

Kurz, das Bismarck'sche Reptil, dem dieser Artikel zu verbaufen, hat die Wahrheit in der unverschämtesten Weise auf den Kopf gestellt, was ja Reptilienart ist. Er hat einfach gelogen, und statt von einer „Reptilienlogik“ hätten wir vielleicht besser von der Verlogenheit der Reptilien geredet, denn sie nehmen sich nicht einmal mehr die Mühe, ihren Klagen das Mäntelchen sophistischer Schein-Logik umzuhängen.

— Politische Schlanheit — fortwährende Weisheiten. Aus Leipzig, Anfang April, wird uns geschrieben: Unser neuer Herr Polizeidirektor, der Ex-Oberstaatsanwalt Richter aus Chemnitz, hat sich die hehre Aufgabe gesetzt, das Berliner Spitzelthum verbunden mit Chemnitz-Stebdratscher Polizeibureau hier einzuführen; und man muß dem Mann nachsagen, an Eifer fehlt es ihm nicht. Ob die Geschicklichkeit mit dem Eifer gleichen Schritt hält, ist freilich eine andere Frage. Die Berliner Originalspitzel, die er sich verschrieben hat, laboriren unter dem unheilbaren Nachtheil so selbst polizeiwidrig konstatirter Geschier, daß sie auf 100 Schrit sich selbst demüthigen. Und mit der famosen Chemnitzer Einrichtung, hinter jedem Mitglieden einen Polizeihaken herzuführen, ist au fond doch auch nichts anderes erreicht, als daß der betreffende Schatten auf Kosten des Steuerzahlers gesundheitsfördernde Spaziergänge macht. Als neulich Bebel und Liebknecht auf 60 Stunden hier waren, erproben sie sich eines Ehrengeleites von je vier Mann — was gewiß ein hartes Geißel des Stolzes und der Sicherheit in den so sorgsam und schmeichelhaft beleiteten erzeugen mußte.

Im Lauf des verfloffenen Monats hatten wir hier und in der nächsten Umgebung drei große Verammlungen — das heißt unsere Gegner hatten sie für uns. In Lindenau und Reudnitz, wo die Fortschrittler im Trilben sitzen wollten — dort Kuntze, hier der pfäffische Soldater Kallhoff — in aber natürlich nur für uns die Fische aus dem Wasser holten, und — in der Stadt selbst, in der Tonhalle, wo durch eine bössliche Ironie des Schicksals der Sozialistenführer Birnbäum einer Sozialistenverammlung über das Tabakmonopol Vortrag halten mußte. Es war ein Schauspiel für Götter! Und das Gesicht des armen Birnbäum mußte man sehen, als auf seine Bemerkung, daß das Tabakmonopol zu dem sittlich verwerflichen Denunziantenthum und Spionirtwesen führen werde — einer unserer Genossen sich erhob, und unter dem donnernden Beifall der Kopf an Kopf gedrängten Menge erklärte: Das sittlich verwerfliche Denunziantenthum und Spionirtwesen brauche nicht erst durch das Tabakmonopol herbeigeführt zu werden — es sei seit 1878 vorhanden und eine Schande für Deutschland.

blide an, wo sie das Wort Freiheit ausgesprochen, erregten sie den bittersten Haß der Regierung, und dieselbe erklärte sie als die Feinde des Staats; sie wurden außerhalb des Gesetzes und des Rechts erklärt. Nur einmal wagte die Regierung, sich auf das öffentliche Bewissen zu verlassen, aber das unparteiische Urtheil (Prozeß Sossulitsch) erledigte und entrißte sie. Und nun begannen die Kriegsgesichte und die dinstigen Urtheile. Erschießungen, Schandsträße, Galgen einerseits, andererseits haneuweise Verschickungen unter gewaltiger Bedeckung (für Frauen darunter Leschen, Kamsfeld und Kowalenstaja wurden unter Bedeckung von 100 Soldaten geführt) und in Ketten nach tausenden von Werst entfernten Orien. Aber auch diese Schingegerichte waren der jetzigen Regierung noch zu gefährlich und Alexander III. befahl, daß die Gerichte und die Hinrichtungen geheim sein sollen. Jetzt wird man nicht einmal wissen, wer und weshalb abgeurtheilt worden ist. . . . Ist das eine Verböhnung der Gesellschaft oder die unverbesserliche Feigheit und Dummheit Alexander III.? In der Angst um sein eigenes Leben hat Alexander III. den Rest von Verhandlungen verloren und vergessen, daß es in Rußland außer dem „Pravitelstvennu Bjesnik“ (Regierungsbote) noch die „Korodnaja Wolja“ gibt.

Jedermann erinnert sich noch des Prozesses der 16 aus dem Jahre 1880 (Kwiatkowski — Schirajew — Sundeletschik — Jadermann — Figner — Preshajaw — das Attentat im Winterpalais — der Kongreß zu Wjessj — das mißglückte Attentat zwischen Odesa und Kiew — der Berrath Goldenberg). Was ist nun aus den damals Verurtheilten geworden? Fünf sind zum Tode verurtheilt worden (Kwiatkowski — Preshajaw — Lichonow — Uladstsch — Schirajew), aber die letzten drei wurden von Alexander II. begnadigt, und die Uebrigen sind zu lebenslänglicher Zwangsarbeit oder zu längerer Termianen derselben Strafe verdammt worden. Damals machte man viel Aufsehen von der Milde des Jaren wegen dieser Begnadigungen. In der That aber ist diese Begnadigung nur ein Mißbrauch des Wortes. An Stelle des Todes durch den Strang ist der langsame Tod durch Gefängniß und Bergwerksarbeit getreten. So wurden diese Verurtheilten am 1. November nach der Peter-Paulsinsel abgeführt und dort in Isolirzellen gebracht, die durch feuchte Kälte und Finsterniß sich nicht viel von Gräbern unterscheiden. Es herrscht dort eine solche Dunkelheit, daß das Licht erst um zwei Uhr Mittags ausgezündet werden kann. Nahrung besteht aus Schiffs (Kohlrübe), Brei und ein Stück Brod Morgens und Abends. Die Oefen werden nur einmal in drei Tagen geheizt, manchmal noch seltener. Die Wände sind daher immer feucht, und der Boden mit richtigem Pfüden

Feuilleton.

Aus der neuesten Nummer der „Korodnaja Wolja“.

Vorrede zu der zweiten russischen Auflage*) des „Manifestes der Kommunistischen Partei“.

Von Karl Marx und Friedrich Engels.

Die erste russische Ausgabe des „Manifestes der Kommunistischen Partei“ erschien Anfangs der 60er Jahre in der Uebersetzung von Wladimir (Verlag des „Kolokol“ von Herzen). Damals konnte der Westen Europa's eine russische Ausgabe des „Manifestes“ nur als ein literarisches Kuriosum betrachten; heute ist eine solche Ansicht unmöglich. Wie beschränkt i. J. (Dezember 1847) das Territorium der proletarischen Bewegung war, beweist am deutlichsten das Schlußkapitel des „Manifestes“: „Ueber das Verhältniß der Kommunisten zu den verschiedenen oppositionellen Parteien in den verschiedenen Ländern.“ In diesem Kapitel werden weder Rußland noch die Vereinigten Staaten erwähnt. Es war das eine Zeit, in der Rußland die letzte sichere Stütze der europäischen Reaktion darstellte; in der die Vereinigten Staaten der europäischen Reaktion den Ueberlauf des europäischen Proletariats in sich aufnahmen und im Verein mit Rußland Europa mit Kohlstoffen versahen, während sie selbst den Absatzmarkt der Industrieprodukte der Westländer bildeten. So diente in dieser oder jener Weise Rußland und Amerika zu Stützpunkten der bestehenden Ordnung in Europa.

Wie ganz anders jetzt! Gerade die europäische Auswanderung macht in Nordamerika die Entwicklung einer kolossalen landwirthschaftlichen Produktion möglich, deren Konkurrenz den europäischen Grundbesitz — den großen wie den kleinen — in seinen Grundbesitz erschüttert. Ebenso hat die Auswanderung aus Europa den Vereinigten Staaten, ihre gewaltigen Fabrikanlagen mit solcher Energie und Schnelligkeit zu versorgen, daß dem bisher beherrschenden Manopol des westlichen Europa's und besonders Englands ein sicherer und baldiger Untergang bevorsteht. Diese beiden Umstände wirken auf Amerika selbst unwiderrlich. Das kleine und mittlere Farmerthum, welches die Basis seines ganzen politischen Gebäudes sind, werden allmählig unter dem Druck der Konkurrenz des

*) Herausgegeben von der „Russischen sozialrevolutionären Bibliothek“.

Ueber die Punkte der Versammlung ist nicht zu sagen: Herr Winkel sprach anständig und wir ließen ihn reden; dem freien Volkspatron wurde jedoch konnter wie nicht erlauben, das Versammlungsrecht gegen uns zu mißbrauchen, und da er von seiner christlichen Debatte etwas wissen wollte, so mußte er einpausen, und mit seinen fortschrittlichen Mitstreichern und Zuhörern ununterrichteter Sache abziehen. Leipzig und Umgebung gehört eben uns; und wenn die Herren Fortschrittler im Schatzen des Sozialistengesetzes fortschrittliche Statufestier in das sozialdemokratische Nest legen zu können hoffen, so täuschen sie sich gründlich. Hinter verschlossenen Thüren mögen sie, mag jede andere Partei nach Herzenslust tagen; das geht uns nichts an, und nach der Gesellschaft solcher Feiglinge sehnen wir uns nicht. Wenn aber öffentliche Volksversammlungen ausgeführt werden, dann kommen wir, das eingeladene souveräne Volk, und verlangen freie Bureauwahl und freie Diskussion. Folgt man sich unserm gerechten Verlangen — gut; folgt man sich nicht, nun so findet einfach keine Versammlung statt.

Zu Meudung haben wir dies vor drei Wochen den Herren Fortschrittler, die mit ihrem ganzen städtischen und dörflichen Generalsstab erschienen waren — oder richtiger, deren Generalsstab erschienen war, denn es war wie immer ein Generalsstab ohne Armee — in nicht mißgünstiger Weise begünstigt gemacht. Für Kalthoff wollte reden und wurde einfach laut gestellt, weil er, nebst seinen biederen Kumpanen, sich gegen eine freie Bureauwahl sträubte. Die betrübten Fortschrittler retirirten dann in ein geheimes Gemach, wo dann auch der kaltgestellte Kalthoff sein Redebedürfnis ungehindert befriedigen konnte. Wie find keine grausamen Menschen und warum soll der Kalthoff nicht reden dürfen, vorausgesetzt, daß er keine unbilligen Zuhörer und Zuhörer nicht eine „Volksversammlung“ nennt? Uebrigens sind wir dem Ranne durchaus nicht gram. Er hat uns nämlich einen unbezahlbaren Genuß verschafft durch Veröffentlichung eines Referats seiner „Rede“ (in der hiesigen fortschrittlichen, ergo an Abonnentenschwindel leidenden „Freien Bürgerzeitung“). Da sind gar erbauliche Dinge zu lesen. Schon der Titel des Vortrags ist köstlich: „Die reaktionären Parteien im Kampf mit dem Gewissen des Volkes.“ Der Fortschrittseunuch kennt keinen anderen Kampf, als den sehr platonischen mit dem „Gewissen“. Oder hat das Gewissen des Herrn Kalthoff etwa Hände und Füße, und kann einen Schuß am Kragein packen? Die Kalthoff'sche Logik hat jedenfalls keine Hände und Füße; sie kriecht auf dem Bauch, sich schlangartig (jedoch nicht schlängeln!) bald nach rechts, bald nach links wendend. Hören wir ihn selbst, wie er über sich referirt: „Redner (daß Kalthoff sich das Epitheton „Redner“ verleiht, zeigt, daß er von Höre wenigstens den Spruch: „Nur die Lämpe sind bescheiden“, gelernt hat); also: „Redner erörtert den Begriff „Reaktion“ und knüpft daran die Betrachtung, daß es zwei Auffassungen im Staatleben gebe: die des Alterthums, wonach das Ganze vor den Theilen, der Staat vor den Einzelindividuen kam, wonach der Einzelne kein Recht hatte, außer wenn er im Staatsorganismus existirte. Er weist an historischen Beispielen nach, wie der Staat vollständig über den einzelnen Staatsbürger domirte. Im Mittelalter konnte der, welcher als höriger Bauer geboren worden, abfolat aus seinem Stande nicht heraus. Künftig erst sah man ein, daß der Mensch das Recht eigenartiger, freier Entwicklung haben müsse. Die fortschrittliche Auffassung des Staatslebens vindicirt dem Menschen das Recht, sich eine Bildung zu suchen, wo und wie er wolle. Das Alterthum mit seiner absoluten Regierung des Einzelnen gegenüber dem Staate weise ja manche geradezu heldenhafte Erscheinungen auf diesem Boden vor, wie z. B. die That jener kühnen Spartanerscharen unter Leonidas. Der moderne Freiheitsgedanke ziehe den einzelnen Menschen in Rechnung und wolle die Zustände derart geordnet wissen, daß der Einzelne zu seinem Rechte gelangt. Der moderne Gedanke des Staats konträre die Tüchtigkeit des Staates aus der Tüchtigkeit des Einzelnen, der alte Staatsgedanke lenne nur den Gesamtwohlstand des Staates. Deshalb könne die freie Entwicklung des Einzelnen nicht scharf genug in den Vordergrund gestellt werden.“

Halt! Für einen Augenblick. Wie gefällt Ihnen die „kühnste Spartanerscharen“, dieses naturhistorische Konstrukt, welches wir der Aufmerksamkeit aller Aufmerksamkeitsfinder empfehlen?

Und die famose Definition vom antiken und modernen Staat. Bardou, nicht „modernem“, sondern fortschrittlichen Staat. Und was für ein Ansehen hat dieser fortschrittliche Staat, welcher dem Menschen „das Recht, sich eine Bildung zu suchen, wo und wie er will“, vindicirt? Hat der Mensch kein Geld, so kann er sich seine Bildung auf dem Mond suchen, der ja auch eine schöne Gegend sein soll. Daß der Mensch von „Rechten“ nicht satt wird, daß es wirtschaftliche, meinetwegen Wagenfragen gibt, davon hat dieser fortschrittliche Kalthoff gar keine Ahnung.

Nun weiter: „Redner“ kommt nach längerer Einleitung (zu welcher der zitierte Passus gehört) zu dem „Bündnis der reaktionären Parteien“, das seiner scharfsinnigen Entdeckung zufolge „eine Verschwörung am Geiße der Menschheit involvirte.“ (Der „Geiß der Menschheit“ ist ein anderer mehr verzeigter Ausdruck für das „Gewissen des deutschen Volkes“, mit dem die reaktionären Parteien im Kampf sind.) „Die Reaktionsparteien wollen das moderne Freiheitsbewußtsein vernichten, und darnach lautet ihr erstes Feldgeschrei: Nieder mit der Freizügigkeit.“ Das zweite, dritte u. Feldgeschrei lautet: Nieder mit der Gewerbefreiheit! Nieder mit dem Freihandel! u. s. w. Nach Aufzählung der Feldgeschreie fährt der Kalthoff fort:)

bedeut. Die Sträflinge tragen nur Leibwäsche und eine Sträflingskutte. Spazieren führt man sie nur einen Tag am den andern, und auf die Dauer einer Viertel Stunde. Nicht nur Bücher, sondern Alles, was nur im Stande ist, den Sträfling irgendwie zu zerstreuen, wird ihm abgenommen. Mit der Aufzählung und den Witzspielen ist jeder Verkehr abfolat unmöglich. Es ist wörtlich ein Grab. Da nun die Behörden wissen, daß ein solches Leben notwendig zum Selbstmord führen muß, so wird in jede Zelle ein Gendarm und ein Soldat gesetzt, die dem Gesandten das Leben vollständig verbittern. Sieht derselbe etwas aufmerksamer an, so springt der Gendarm sofort auf und unterläßt den Gegenstand, auf den der Gesandte seine Aufmerksamkeit gerichtet, ob da nicht welche Aufschriften sich befinden. Er läßt ihn einfach nicht aus den Augen, verfolgt jede Kopfbewegung, jede Handbewegung, möchte sein Inneres durchdringen und es bedarf einer heroischen Willensstärke, um das anzuhalten. Derselbe Gendarm hat auch das Taschengeld und Handtuch in Verwahrung, und der Sträfling bekommt diese Gegenstände aus seinen Händen, um sie nach gemäßigtem Gebrauch sofort zurückzugeben. Das mindeste Widerhandeln gegen diese bestialischen Regeln führt zu Anknäueln, Karzer und Schlägen. Dieses Strafsystem ist viel schrecklicher als der Tod, und die Weiben beklagen auch lebhaft, daß sie begnadigt wurden und mußten, als sie die Begnadigung erlangen, thörichtlich vom Staatsanwalt Archibaldsonoff getödtet werden. „Wegen dem Befehl seiner Majestät vermag ich nichts“, sagte er ihnen, als er bemerkte, wie „freudig“ sie die „Freuden“ bittlich entgegennahmen. Was die Beurtheilten damals ahnten, hat sich voll und ganz bestätigt. Schirajew bekam bald die Schwabenschuch, Olschakoff wurde wahnsinnig und was seitdem aus ihm geworden ist, weiß Niemand; Tichonoff bekam Storkatarrh. Ungezählte dessen hat man ihn bei Abführung nach Sibirien in Ketten gelegt und von einem Ort zum andern dackhäftlich tragen müssen. Jetzt ist er in Krasnojarsk, wo er nicht lange mehr zu leben hat. Man sieht, das Gefängnis hat mit diesen drei dasselbe in einem Jahre gemacht, was der Galgen mit jenen Seiden in einer Viertelstunde. Fast dasselbe Schicksal tragen die zu weniger großen Strafmaßen Verurtheilten. Martinowoff und Jankerman zeigten Symptome des Wahnsinns, wobei der Erstere sich erlösen wollte. Aber der Pöbel bemerkte es noch rechtzeitig und rettete ihm das Leben zu weiteren Qualen. Beide sind schon mehrmals gefestgeändert in den Karzer gekommen.

(Schluß folgt.)

„Das Prinzip der freien Konkurrenz wird nicht bloß von den reaktionären Konfessionen, sondern auch von den Sozialdemokraten bekämpft. Ohne dieses Prinzip aber wären unsere Zustände nicht erträglich, und gerade wegen der Angriffe, die sie erhebt, muß die Freizügigkeit uns heilig sein: ist ja die gesammte Kultur auf die freie Entwicklung des Individuums basirt.“

Schrump! Da hätten wir den ganzen fortschrittlichen Bänder — wollte sagen die ganze fortschrittliche Weisheit. Auf der freien Entwicklung des Individuums beruht unsere Kultur, und deshalb brauchen wir die freie Konkurrenz!

Was versteht der Herr Kalthoff unter „freier Entwicklung des Individuums“? Daß das Individuum durch nichts in seiner Entwicklung gehemmt wird? Gut, dann sind wir einig. Aber dann müssen auch die Hindernisse der freien Bewegung aus dem Wege geräumt werden, und das kann das einzelne Individuum nicht; das kann nur eine zu dem Zweck, überhaupt zur Ermöglichung eines menschenwürdigen Daseins für jedes Individuum vereinigte Gesellschaft oder Gemeinschaft von Menschen. Auf sich allein angewiesen, bei durchgeführter „freier Konkurrenz“ geht jedes einzelne Individuum unrettbar zu Grunde, oder genauer ausgedrückt: kann überhaupt gar kein Individuum leben. Was würde aus Herrn Kalthoff, wenn sein Ideal heute verwirklicht und er einzig auf sein eignes „freies“ Individuum angewiesen wäre? Er würde sehr bald so „frei“ sein, Hungers zu sterben. Und freit der „freien“ Konkurrenz würde er vermuthlich sogar, noch ehe er Zeit hat, Hungers zu sterben, von irgend einem andern „freien“ Individuum, das ihn an körperlicher Kraft übertrifft, todgeschlagen und aufgespeißt werden. Doch nein — davor ist er durch seine Ungezähbarkeit und Unverdaulichkeit geschützt.

Zum Schluß kommt der Kalthoff auf die — bittlichen Weisheit unvernünftige — „Erbünde“:

„Was die Reaktion wolle — so führe „Redner“ aus —, liege in der Lehre von der Erbünde, welche jedem Menschen das Gefühl seines Unwerths predigen solle. — der Sozialismus gehe von einer ähnlichen Grundvoraussetzung aus, er sage: „Mensch, du kannst nicht auf eignen Füßen stehen, wirt dich darum dem Staate in die Arme!“ Der Sozialismus nehme dem Menschen den Glauben an sich selbst, und darum sei er eben reaktionär. Er wolle den Staat als die allgemeine Krippe hinstellen und zu dem Einzelindividuum sagen: „Da, fröh!“ Der Mensch von freier Vernunft und freier Ueberzeugung werde aber lieber für sein Brod selbst arbeiten und seine eigne Ueberzeugung sich wahren und derselben Ausdruck leihen, als für die Genährung des Offens den Mund halten.“

Dieser schlaue Kalthoff! Der Sozialismus nimmt dem Menschen den Glauben an sich selbst, und stellt das Individuum vor die „allgemeine Staatskrippe“, und sagt zu ihm „fröh!“ Wir hatten uns gar nicht gedacht, daß die Sache so leicht wäre. Hoffentlich verräth Herr Kalthoff uns das Geheimniß, wie die „allgemeine Krippe“ gefüllt wird, und wie der „Sozialismus“ es fertig bringt, die Einzelindividuen militärisch zu kommandiren? Der „Sozialismus“ kann doch nicht als selbständiges Individuum herumläufen, sondern lebt bloß in den Individuen, die vor die „allgemeine Krippe“ gestellt werden sollen. Wer stellt sie denn davor? Der in ihnen lebende Sozialismus? Also sie selber? Merken Sie, Herr Kalthoff, welches Dreck Sie geschwätzt haben? Und wenn sie selber sich vor die Krippe stellen, ist da ihre „Freiheit“ mehr beschränkt, als die des Herrn Kalthoff, wenn er einen Vortrag über „die reaktionären Parteien im Kampf mit dem Gewissen des deutschen Volkes“, hält, hat für die „Gewährung des Offens den Mund zu halten“, was seinen Mitmenschen vielleicht unzulänglich und gewiß angenehmer wäre.

Ob die wohl Fortschrittler, die das Unglück hatten, ihn anhören zu müssen, nicht zur nämlichen Ansicht gelangt sind? Nun — es muß auch solche Kluge geben, und wir haben vor der „freien Entwicklung des Individuums“ einen so hohen Respekt, daß wir — sogar einen Kalthoff das „Recht“ — Kalthoff zu sein, nicht absprechen.

„Esel“ und „Bande“. Aus Ehrenfriedersdorf im Erzgebirge, den 6. April, schreibt man uns: Heute stand Genosse Liebknecht vor dem hiesigen Schöffengericht unter der Anklage, am 27. Sept. v. J. zu Gehen in einem Bierhausgespräch die Polizei und Gendarmen, „Esel“ und eine „Bande“ genannt zu haben. Ein antwortender Polizist wollte die Keufierung gehört haben und einige ehrsame Bürger sozialistenfresserischer Art jagten für den Polizisten. Liebknecht bestritt nicht, den Ausdruck „Esel“ mit Bezug auf einen bestimmten Fall von der Polizei gebraucht zu haben, versicherte aber — und dies wird ihn durch Freuden bestärkt — daß er mit dem Ausdruck „Bande“ die nichtwürdigen Denunzianten und Sozialistenbeuger gemeint habe, welche seit dem Attentatsjahr in Deutschland ihr Wesen trieben. Er führte mehrere sehr drastische Beispiele an und geistigte dieses geistungslose Paß in einer Weise, die auf Richter, Schöffen und Staatsanwalt sichtsich Eindruck machte. Der Staatsanwalt gab ausdrücklich zu, daß bei einem Mann, der wie Liebknecht von der Polizei verfolgt werde, eine „Erregung gegen die Polizei“ ganz natürlich sei; was die Denunzianten betrafte, so verdamme jeder anständige Mensch das Denunziantenthum. Aber der „Esel“ müsse geküht werden. Und er wurde geküht mit 30 Mark Geldstrafe. Von der „Bande“ ein andermal.

Die Injanime zum System erhoben. Aus Mannheim wird uns geschrieben: „Im Verlage des durch seine Denunziation der Einjährigen, welche sich f. J. mißlieblich über ihre Sorgezeiten äußerten, noch in verächtlichen Andenken stehenden Buchhändlers F. Remnich erschien am 3. April ein „Handbuch für Lehrer“, herausgegeben von einem gewissen Lehrer Klein in Weingarten, enthaltend Aufträge, Formulare, Schemata für Anzeigen u., in welchem auf Seite 272 Nr. 336 folgendes „Zeugniß“ zu lesen ist:

„Dem Johannes Arnold von Gieslingen, O.-K. Wöppingen, welcher acht Monate bei mir in Arbeit stand, bezeuge ich gerne, daß er ein geschickter und fleißiger Arbeiter ist. Dagegen kann ich nicht verschweigen, daß er als ein eifriges Mitglied der hiesigen sozialdemokratischen Vereine die staatsgefährlichen Bestrebungen derselben wesentlich unterstützt und auch unter seinen Mitarbeitern in meinem Geschäfte störende Umtriebe gemacht hat. Dies ist auch der Grund seiner heute erfolgten Entlassung.“

Gieslingen, 24. Mai 1881.

Emil Meier, Drechsler.“

Soweit ist es also schon im heiligen deutschen Reiche gekommen, daß sogar Schulbücher zur Sozialistenbeuge verwendet werden! Wie viel Haß und Zwietracht werden durch solch gemein insame Nachwerke den Kindern eingeschleppt! Da heißt es immer, daß politische Streitfragen nicht in die Schule hineingehören, und nun kommt so ein fanatischer Kriecher und will den Kindern mit Gewalt den rohesten Parteilich einimpfen. Welchen Eindruck muß es auf ein Kind machen, wenn es derartige Schemata abgeschrieben und sich dann noch sagen muß: mein Vater gehört auch zu dieser Partei! Fui über derartige niederträchtige Mittel!“ Wir theilen die Entrüstung unserer Genossen über die insame Gefinnung, die aus diesem Nachwerk herausfließt, aber im Grunde ist diese Art der Agitation doch zu dum, als daß wir sie tragisch nehmen könnten. Solche Mittel verziehen vielmehr erfahrungsgemäß erst recht ihren Zweck.

— Aus Dresden, 6. April, wird uns geschrieben: Heute wurde Liebknecht wegen seines, an die Wähler von Neustadt-Dresden gerichteten Flugblattes in öffentlicher Urtheilserklärung der Vergehen gegen §§ 131, 185, 187 u. s. w. für schuldig erklärt und in eine Gesamtstrafe von

zwei Monaten verurtheilt. Die eigentliche Prozeßverhandlung hatte zwei Tage zuvor — am 4. ds. — stattgefunden und zwar unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Liebknecht vertheidigte sich selbst in längerer Rede. Der Mitangeklagte Seiter, welcher der Verbreitung des sträflichen Flugblattes angeklagt war, wurde freigesprochen. So wären denn die Dresdener Richter die ersten deutschen Richter, welche in der neuesten Serie von Bismarck-Beleidigungsprozessen gegen Reichstagsabgeordnete dem Herrn Reichskanzler die Freude einer Beurtheilung bereitet hätten. Die preussischen Richter, die über Dohrn und Bunten zu richten hatten, waren nicht so willfährig.

Die bei der Urtheilserklärung anwesenden Reporter der reaktionären hiesigen Zeitungen waren etwas enttäuscht, daß das Strafmaß nicht höher ausgefallen ist. Ihr Erkennen ist nicht ganz unberechtigt, wenn man bedenkt, daß in den beiden früheren hier abgeurtheilten Prozessen wegen Flugblätter für die letzte Wahl, das erste für Dresden-Neustadt, und das Großhainer, Beurtheilungen in der Höhe von sechs und neun Monaten vorgekommen waren, und zwar nur auf Grund des § 131, während Liebknecht sich auch die Ehre einer Bismarckbeleidigungsanklage zu erheuen hatte. Die Sache ist: Liebknecht wurde nicht vor die von dem berichtigten Rangold kommandirte Strafkammer gestellt; und die schmachvollen Beurtheilungen zu Anfang dieses Jahres haben, nachdem unsere Genossen sie im sächsischen Landtage gebührend gekennzeichnet, eine so allgemeine Entrüstung im Publikum hervorgerufen, und zu einer solchen Diskreditirung der Dresdener Richter geführt, daß man auf dem bisherigen Wege nicht fortfahren konnte.

Der Liebknecht'sche Prozeß war der Schwere der nach der Landtagssession noch übrigen sächsischen Wahlprozeße.

Liebknecht wird beim Reichsgericht die Revision des Urtheils beantragen, welches in juristischer Hinsicht ebensowiel Wöthen darbietet, wie in logischer. —

— Spanien. Die Unruhen in Barcelona sind zum großen Theil beigelegt. Nach inzwischen eingetroffenen Nachrichten hat nur ein Bruchtheil der Arbeiterbevölkerung an denselben Theil genommen. Gerade die klassenbewußten Arbeiter hielten sich fern, da die ganze Bewegung von den schauzöllnerischen Fabrikanten ausging und die Arbeiter, durch Erfahrung gewöhnt, keine Lust hatten, für ihre Ausbeuter die Kaskanen aus dem Feuer zu holen. 47 Gewerkschaften von Barcelona erklären in der „Revista social“, daß sie mit den Krawallen nichts zu thun haben, und geizeln das Verfahren der Fabrikanten, die Fabriken zu schließen, um blutige Konflikte, bei denen die Arbeiter es natürlich sind, die ihr Blut lassen, um jeden Preis herbeizuführen. Ein Mandat, das die Herren Schauzöllner mit Vorliebe in Barcelona aufgeführt haben und nach dessen Befolgen regelmäßig sie es waren, welche die Arbeiter am schamlosesten ausbeuteten und unterdrückten.

Diese Berichtigung unserer in voriger Nummer gebrachten Notiz ändert natürlich nichts an der Thatsache, daß die revolutionäre Bewegung in Spanien große Fortschritte macht. Die Gewerkschaftsbewegung, welche eine großartige Ausdehnung gewinnt, steht z. B. vollständig auf sozialistisch-revolutionärem Boden. Darüber indeß ein andermal mehr.

— Rußland. Die neueste Nummer der „Narodnaja Wolja“ (8 und 9) kündigt in ihrem Leitartikel eine wesentliche Veränderung der Taktik der revolutionären Partei Rußlands an, und zwar im jalobnitsch-blanquischen Sinne. Wir kommen auf diesen bemerkenswerthen Artikel, sowie auf den sonstigen Inhalt der „Narodnaja Wolja“ in nächster Nummer.

— Abfertigung. Herr Deichsel, dessen wir in Nr. 14 des „Sozialdemokrat“ gedachten, trat, als er nach London kam, in den Kom-Arbeiterbildungsverein, Tottenhamstreet 49, ein. Kurze Zeit darauf gelangte nach London die Nachricht, daß Deichsel in Berlin gesammelte Gelder veruntrent habe; natürlich ernannte der Verein sofort eine Untersuchungskommission, um diese Angelegenheit zu prüfen. Von diesem Tage an verdustete Herr Deichsel — ein Zeichen seines reinen Gewissens — spurlos aus dem gedachten Verein und ließ mit vollen Segeln in den Zeiten zweifelhafte Kalibers so zugänglichen Sicherheitshasen der Londoner Revolutionarorganisation ein, wo er als Ratgeber glänzt.

Die erwähnte Untersuchungskommission hat die Anklage gegen Deichsel als durch vollständige Beweise begründet gefunden.

Dies zur Abfertigung auf die entwürdigte „Bewahrung“ des gedachten Herrn. Auf seinen Buß von Schimpfereien und Verdächtigungen zu antworten, haben wir keine Veranlassung. Laß sie dreh'n und säub'n!

— Der in Nr. 14 des „Soz.“ in der Korrespondenz aus Darmstadt als Postjesspion hingestellte Georg Ludwig Seiberi bestritt in einer Fußchrift an uns lebhaft, daß diese Bezeichnung auf ihn zutrefte und fordert von unserm Korrespondenten Beweise, wann und wo er mit der Polizei in Verbindung gestanden haben soll.

Da es unser Grundloß ist, Niemanden ungehört zu verdammen, so nehmen wir hiermit öffentlich von der Fußchrift Kottig, unser Genosse in Darmstadt, dessen Zuverlässigkeit zu bezweifeln wir keinen Grund haben, wird den Beweis für seine Angaben nicht schuldig bleiben.

Nachruf.

Wieder hat der unerbittliche Tod einen treuen Kämpfer für unsere Sache aus unserer Mitte abgerufen. Der auch in weiteren Kreisen bekannte Genosse

Philipp Ludwig Paulus,

im Leben städtischer Einnehmer in Speyer, ist am 1. April d. J. einer 14 tägigen Lungenentzündung im Alter von 60 Jahren erlegen. Wie schmerzhaft und schwer besonders an und die Genossen des Speyer-Frankenthaler Wahlkreises der Tod des treuen Freundes berührte, können nur die voll und ganz verstehen, welche ihn kannten. Er strebte, wie sogar der Geistliche am Grabe hervorhob, einem hohen Ideale zu, er diente in der uneigennützigsten Weise der Sache des arbeitenden Volkes. Leider sollte er die Verwirklichung seiner Ideale nicht mehr erleben. Abgesehen von den großen materiellen Opfern, welche er unserer Sache freiwillig darbrachte, verlieren die Speyerer Genossen in ihm einen der hervorragendsten Leiter der dortigen Bewegung. In seiner bürgerlichen Stellung bekleidete Paulus 25 Jahre lang das Amt eines städtischen Einnehmers und erwarb sich die hohe Achtung nicht nur seiner Genossen, sondern seiner künftlichen Mitbürger.

Von hier aus gingen eine Anzahl Genossen nach Speyer, um ihm die letzte Ehre zu erweisen, und verdient ein kleiner Zwischenfall noch der Erwähnung. Wie jedem Genossen, den wir zu Grabe geleiten, widmeten wir auch unserem Freunde Paulus einen Lorbeerkranz mit rother Schleife. Doch kann waren wir im Trauerhause angelangt, als auch schon einer der Ordnungshelden, ein gewisser Polizeiaffessor Gref, die Wegnahme der Schleife anordnete und somit den Staat für diesmal rettete. Auf dem Friedhofe gaben wir unserm Freunde die verbotene Schleife ins Grab — zum großen Krager der zahlreich vertretenen Bourgeoisie, und der vier Polizisten sammt Anhängel. Genosse Dreesbach sprach einige herzliche Worte, indem er den Kranz auf's Grab niederlegte.

Am 14. März d. J. geleiteten wir einen anderen Genossen, der nicht in den guten Verhältnissen wie der andere Verstorbenen gelebt hatte, der sich im harten Kampf ums Dasein in seinem Berufe opferte, zur ewigen Ruhe. Es war dies der Schreiner

Jacob Kaiser.

Wenn es ihm auch nicht gegeben war, in der Öffentlichkeit eine große Rolle zu spielen, so war er doch ein thätiger und braver Genosse und hat der ca. 250 Personen zählende Leichenzug bewiesen, daß der Verstorbenen von seinen Genossen geachtet und geliebt gewesen. Die Beerdigung fand diesmal ohne Beisein eines Pfaffen statt. Genosse

